

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 13. Sitzung

am Mittwoch, dem 18. Januar 2006, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Niclas Herbst

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Mitteilung der Kommission: „Thematische Strategie für den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt“ (KOM (2005) 504)	5
b) Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für die Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Richtlinie) (KOM (2005) 505)	
Berichterstatter: Dr. Bernd Scherer, Leiter des Referats Meeresschutz, Nationalpark im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	
2. Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ (KOM (2005) 94)	9
Berichterstatter: Hanna-Elisabeth Deuber, Abteilungsleiterin für Sozial- und Behindertenpolitik, Seniorenpolitik und Bürgergesellschaft und Dorothea Berger, Abteilungsleiterin für Kinder, Jugend und Familie/Landesjugendamt im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren	
3. Zehn Jahre Baltic Sea Conference	11
(von Schülern selbst organisierte internationale Schülerkonferenz)	
Berichterstatterin: Franziska von Gadow, Lehrerin an der Auguste-Victoria-Schule in Flensburg	
4. a) Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!	12
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/157 Nr. 1 und 3	
(überwiesen am 30. September 2005 an den Europaausschuss und den Bildungsausschuss)	
hierzu: Umdruck 16/410	
Mündlicher Bericht der Landesregierung (überwiesen am 30. September 2005 an den Europaausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)	

b) Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/218

(überwiesen am 30. September 2005)

5. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds 13

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/435 (neu)

(überwiesen am 15. Dezember 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss)

6. Beschlüsse der 19. Veranstaltung im Landtag 14

Umdruck 16/481

7. Verschiedenes 15

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Mitteilung der Kommission: „Thematische Strategie für den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt“ (KOM (2005) 504)

b) Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für die Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt (Meeresstrategie-Richtlinie) (KOM (2005) 505)

Berichterstatter: Dr. Bernd Scherer, Leiter des Referats Meeresschutz, Nationalpark im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

(hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift)

Dr. Bernd Scherer, Leiter des Referats Meeresschutz, Nationalpark im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume gibt dem Ausschuss einen Überblick zur EG-Meeresstrategie auf der Grundlage eines Powerpoint-Vortrages (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Er beschreibt zunächst die Ausgangslage, die die Europäische Union dazu veranlasst habe, eine EG-Meeresstrategie zu entwickeln. Dazu stellt er grundsätzlich fest, seit geraumer Zeit werde immer deutlicher, dass Meeresschutz und Meerespolitik nicht voneinander getrennt werden könnten. Es setze sich langsam die Erkenntnis durch, dass der Schutz der natürlichen Ressourcen auch Grundlage und Bedingung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung sei. Herr Dr. Scherer führt im Folgenden kurz die Hauptfaktoren der Umweltveränderungen, die die Meeresumwelt belasteten und dazu führten, dass auch wirtschaftliche Tätigkeiten mit maritimem Bezug gefährdet seien, auf.

Die EU verfolge mit ihrer EG-Meeresstrategie – so Herr Dr. Scherer weiter – das Ziel der Erarbeitung eines integrativen Konzeptes zum Schutz und zur Wiederherstellung der Meeresumwelt. Dabei gehe sie von einem anthropozentrischen Ansatz aus, verfolge also das Ziel, dass das Meer auch in Zukunft ein Umweltbereich bleibe, der vom Menschen genossen und gleichzeitig wirtschaftlich genutzt werden könne.

Als Bestandteile der EG-Meeresstrategie nennt er zum einen die thematische Strategie, sozusagen ein programmatisches Papier, in der von der Kommission alles zusammengefasst sei, was an Diagnose- und Problembeschreibung bezogen auf die Meere der EU festzustellen sei. Zum anderen enthalte die EG-Meeresstrategie als zweiten Bestandteil einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates, mit der sozusagen Abhilfe für die in der thematischen Strategie aufgeführten Probleme geschaffen werden solle. Mit dem von der EU-Kommission vor einigen Monaten vorgelegten Vorschlag für die Richtlinie werde angestrebt, wieder einen „guten ökologischen Zustand“ der Meere in der Europäischen Union zu erreichen. Die Richtlinie lehne sich an die Wasserrechtsrahmenrichtlinie an, sei jedoch vorsichtiger gefasst und darauf ausgerichtet, noch weitere regionale Sichtweisen aufzunehmen.

Herr Dr. Scherer geht sodann kurz auf die Rechtsgrundlagen für die thematische Strategie und den Richtlinienentwurf ein und erläutert die Inhalte der beiden Vorlagen. Dabei hebt er besonders hervor, dass sowohl die thematische Strategie als auch der Richtlinienentwurf Bezug auf schon vorhandene Konventionen, zum Beispiel die HELCOM-Vereinbarung, nähmen. Hintergrund sei, dass man sich nicht die Chance nehmen wolle, über diese Vereinbarungen auch Staaten miteinzubinden, die nicht Mitglied der Europäischen Union seien, wie zum Beispiel Russland.

Zum vorgesehenen Zeitplan führt er aus, dass sich die Ausschüsse des Deutschen Bundesrates voraussichtlich im Februar 2006 mit dem Richtlinienentwurf befassen werden. Die Landesregierung sei dabei, eine gemeinsame Stellungnahme der norddeutschen Küstenländer zu erarbeiten. Diese befinde sich noch im Abstimmungsprozess. Die Landesregierung wolle sich dafür einsetzen, dass die Richtlinie möglichst konkret und rechtsbindend gefasst werde. Sie sei der Auffassung, dass es nur dann zu einer möglichst fairen und wettbewerbsneutralen Umsetzung der Richtlinie kommen könne, wenn sichergestellt sei, dass sie in allen Mitgliedstaaten in vergleichbarer Weise umgesetzt werde. Auch der Ausschuss der Regionen berate derzeit über eine Stellungnahme zum Richtlinienentwurf. Er habe sich in der Vergangenheit zur allgemeinen Strategie sehr positiv geäußert und – so wie auch die Landesregierung Schleswig-Holstein – dafür plädiert, eine möglichst weitgehende Konkretisierung zu erreichen. Er gehe davon aus, dass der anvisierte Zeitplan, zur Beratung und Abstimmung im Europäischen Parlament in der zweiten Jahreshälfte 2006 zu kommen, nicht eingehalten werde, sondern sich noch weiter verzögere.

Insgesamt - so Herr Dr. Scherer abschließend - füge sich die thematische Strategie und der Richtlinienentwurf in die allgemeine Meerespolitik der Europäischen Union ein. Dort werde bekanntermaßen gerade an dem Grünbuch Meerespolitik gearbeitet, mit dem dann ein weite-

rer Schritt in der Meerespolitik der Europäischen Union vollzogen werde, die Verbindung der Wirtschaftspolitik mit der Umweltpolitik.

Abg. Fischer möchte in der anschließenden Aussprache unter anderem wissen, wann die gemeinsame Stellungnahme der norddeutschen Küstenländer voraussichtlich vorliegen werde und bittet darum, dem Europaausschuss einen Entwurf dieser gemeinsamen Stellungnahme zur Verfügung zu stellen. Herr Dr. Scherer erklärt, Sinn mache es selbstverständlich nur, wenn diese gemeinsame Erklärung bis zur Befassung des Bundesrates, die für Ende Februar 2006 vorgesehen sei, vorliege; er gehe davon aus, dass er dem Europaausschuss den Entwurf zur Verfügung stellen könne, sobald die Vorabstimmungsphase abgeschlossen sei.

Abg. Harms weist darauf hin, dass das Parlament im Zusammenhang mit der Bundesratsverfassung nur relativ wenig Einfluss nehmen könne, aber im Herbst auch noch die Befassung des Ausschusses der Regionen mit dem Thema anstehe, in die sich der Europaausschuss inhaltlich einbringen könne. Er schlägt vor, dem Ausschuss der Regionen rechtzeitig vor seiner Beratung eine Stellungnahme aus Schleswig-Holstein zukommen zu lassen.

Er möchte wissen, welche konkreten Maßnahmen durch die Richtlinie auf das Land Schleswig-Holstein zukämen und welche Kernpunkte man schon jetzt ausmachen könne. Herr Dr. Scherer antwortet, noch sei nicht sicher, dass diese Richtlinie überhaupt verabschiedet werde. Da man sich in Deutschland jedoch auf Bundesebene und auch in der Zusammenarbeit zwischen den Küstenländern darin einig sei, dass man diese Richtlinie wolle, müsse man sich in erster Linie aktiv und nachdrücklich für ihr Zustandekommen einsetzen. Das zweite Ziel werde es dann sein, möglichst viel Detailregelungen und eine rechtliche Bindungswirkung zu erreichen. Im Moment könne man feststellen, dass die großen Beeinträchtigungen der Meere bei einem Vergleich der Anrainerstaaten am wenigsten durch Deutschland verursacht würden, dementsprechend seien die zu erwartenden Auswirkungen der Richtlinie auf Deutschland auch eher gering.

Abg. Ritzek betont die Notwendigkeit, dass sich Schleswig-Holstein in all den Verbänden, denen das Land angehöre, wie zum Beispiel der Ostseeparlamentarierkonferenz, weiterhin dafür einsetze, die Bedeutung der Meeres- und Umweltpolitik hervorzuheben. Die in dem Strategiepapier und im Richtlinienvorschlag enthaltenen Bestandsaufnahmen zeigten, dass hier noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sei.

Herr Dr. Scherer erklärt, es gehe nicht nur darum, sich dafür einzusetzen, dass diese Richtlinie erlassen werde, sondern auch darum, im Zusammenhang mit der Entstehung des Grünbuches

Meerespolitik dem Bereich des Schutzes und der Erhaltung der Meeresumwelt einen angemessenen Stellenwert einzuräumen.

Abg. Fischer schlägt vor, die gemeinsame Stellungnahme der norddeutschen Küstenländer zum Richtlinienentwurf auch zum Gegenstand der nächsten gemeinsamen Sitzung mit den Europapolitikern der Hamburger Bürgerschaft zu machen. - Der Europaausschuss begrüßt diesen Verfahrensvorschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ (KOM (2005) 94)

Berichterstatter: Hanna-Elisabeth Deußer, Abteilungsleiterin für Sozial- und Behindertenpolitik, Seniorenpolitik und Bürgergesellschaft und
Dorothea Berger, Abteilungsleiterin für Kinder, Jugend und Familie/Landesjugendamt im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

AL Deußer, Abteilungsleiterin für Sozial- und Behindertenpolitik, Seniorenpolitik und Bürgergesellschaft im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, stellt zu Beginn ihres Vortrages fest, mit dem Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ greife die Europäische Kommission das Thema der Zukunft auf, von dem alle europäischen Länder betroffen seien. Die Folgen der demografischen Veränderung stellten eine große Herausforderung für die soziale aber auch ökonomische Entwicklung in den kommenden Jahren dar.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein habe bereits in der letzten Legislaturperiode auf der Grundlage ihrer Studie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ aus dem Jahr 2004 Schlussfolgerungen der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung im Land gezogen. Sie habe diese Herausforderung aufgegriffen und versuche mit einer Reihe von Projekten – insbesondere auch im sozialen Bereich– den Anforderungen zu begegnen.

AL Deußer stellt sodann einige Projekte im Bereich der generationsübergreifenden Zusammenarbeit des bürgerschaftlichen Engagements und der Erwachsenenbildung näher vor.

AL Berger, Abteilungsleiterin für Kinder, Jugend und Familie/Landesjugendamt im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, ergänzt, das Grünbuch der Europäischen Kommission sei als Diskussionsgrundlage und Anregung gedacht. In ihm würden unter anderem Bereiche der Kinder- und Jugendpolitik aufgegriffen. Teile dieser Aspekte seien auch im schleswig-holsteinischen Kinder- und Jugendaktionsplan enthalten.

Der demografische Wandel stelle jedoch auch neue Anforderungen hinsichtlich der Familienpolitik an die Staaten der Europäischen Union. Hier versuche das Grünbuch, eine politische Diskussion anzustoßen und dazu aufzufordern, von anderen Ländern zu lernen. Beispielhaft

nennt sie in diesem Zusammenhang das Elterngeld, das in anderen Mitgliedstaaten schon lange Realität sei und jetzt von der Bundesregierung aufgegriffen werde.

In der anschließenden Aussprache begrüßt Abg. Müller die dargestellten Maßnahmen und Projekte der Landesregierung in diesem Bereich und möchte wissen, wie die Finanzierung der vorgestellten Projekte aussehe. AL Deußner antwortet, die genannten Bundesmodellprojekte würden weitgehend vom Bund finanziert, außerdem zum Teil aus Mitteln der Titelgruppe 62 für ehrenamtliches Engagement, europäische Finanzmittel seien bei den genannten Projekten nicht eingeflossen.

Abg. Lütke möchte wissen, welche weiteren Schritte die Europäische Kommission auf der Grundlage des Grünbuches plane und ob es in Schleswig-Holstein grenzüberschreitende Projekte mit anderen Nationalstaaten oder anderen Regionen zu diesem Thema gebe. AL Deußner antwortet, ihres Wissens nach gebe es keine grenzüberschreitenden Projekte, dies könne sie jedoch gern noch einmal nachprüfen. Die Frage nach der weiteren Entwicklung auf der Ebene der Europäischen Kommission müsse sie an das Europaministerium weitergeben. AL Berger ergänzt, auch im Jugendbereich gebe es ihrer Kenntnis nach keine speziellen Projekte unter dem Gesichtspunkt Demografie oder demografischer Wandel in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten.

Abg. Ritzek stellt fest, mit einzelnen Ideen und Projekten werde das eigentliche Problem, das Fehlen von Kindern in der Gesellschaft, nicht angepackt. AL Deußner möchte den demografischen Wandel nicht nur als Problem, sondern auch als Chance verstanden wissen, alle Generationen zusammenzubringen und in der Gesellschaft enger zu vernetzen.

Abg. Harms bemerkt, ein weiterer wichtiger Teilaspekt in diesem Zusammenhang stelle das Thema Zuwanderung dar. Es sei ein großes Problem, dass sich in Deutschland keiner an dieses Thema herantraue und es öffentlich diskutiere.

Er bittet darum, die Fragen an das Europaministerium noch um seine Frage zu ergänzen, inwieweit für ehrenamtlich Tätige die Möglichkeit bestehe, an einem internationalen Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Ländern teilzunehmen. Außerdem möchte er wissen, welche EU-Programme in diesen Bereichen genutzt werden könnten und ob Schleswig-Holstein diese in Anspruch nehme.

AL Deußner kündigt an, die von Abg. Harms und Abg. Ritzek aufgeworfenen offenen Fragen an das Europaministerium weiterzugeben.

Punkt 3 der Tagesordnung

Zehn Jahre Baltic Sea Conference

(von Schülern selbst organisierte internationale Schülerkonferenz)

Berichterstatterin: Franziska von Gadow, Lehrerin an der Auguste-Victoria-Schule in Flensburg

(hierzu: Anlage 2 zu dieser Niederschrift)

Frau von Gadow, Lehrerin an der Auguste-Victoria-Schule in Flensburg, stellt auf der Grundlage eines Powerpoint-Vortrages (Anlage 2 zu dieser Niederschrift) die Projektidee zur „Baltic Sea Conference“, die Entstehung, die Ziele, die Vorbereitung und den Ablauf einer Konferenz sowie die Finanzierung der Veranstaltung dar.

Frau Hansen, Lehrerin an der dänischen Partnerschule in Tinglev, ergänzt die Ausführungen mit einem kurzen Überblick über die Planung zur nächsten Baltic Sea Conference 2006 in Tinglev.

Anschließend berichten zwei Schüler, Frau Siedenbiedel und Herr Medias, über ihre Teilnahme an der Conference 2003 in Glücksburg/Flensburg in Form eines Rollenspieles.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, bedankt sich für die Vorstellung dieses erfolgreichen Projektes und erklärt, die Baltic Sea Conference sei ein Beispiel für die vorbildliche Umsetzung der gelebten europäischen Idee in der Schule. Sie wünsche sich, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler die Chance bekämen, an so einer Konferenz teilzunehmen und die damit verbundenen Erfahrungen zu machen.

Abg. Müller erklärt, nach der Vorstellung dieses Projektes könne er eigentlich nur festzustellen: So stelle er sich Schule vor. Er hebt besonders die gute Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern in diesem Projekt hervor. Die vorgetragenen Ergebnisse und die Etablierung dieser Veranstaltung inzwischen im zehnten Jahr sprächen für sich.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/157 Nr. 1 und 3

(überwiesen am 30. September 2005 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/410

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 30. September 2005 an den **Europaausschuss** und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

b) Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Regionen“

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Drucksache 16/218

(überwiesen am 30. September 2005)

Abg. Fischer und Abg. Lütkes erklären, man habe sich darauf verständigt, die Nummer 2 des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, „Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen“, Drucksache 16/157, als zusätzlichen Punkt in den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Region“, Drucksache 16/218, aufzunehmen und den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD in der so ergänzten Fassung dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Der Ausschuss beschließt dementsprechend einstimmig, dem Landtag den auf der Grundlage der beiden Anträge der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. „Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen“, Drucksache 16/157, und der Fraktionen von CDU und SPD betr. Schleswig-Holstein stärkt das „Europa der Region“, Drucksache 16/218, zusammengefassten Antrag zur Annahme zu empfehlen.,

Den mündlichen Bericht der Landesregierung nimmt der Europaausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Finanzierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg und die Fortführung der in den Jahren 1960 beziehungsweise 1962 eingerichteten Förderfonds

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/435 (neu)

(überwiesen am 15. Dezember 2005 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss)

Abg. Lütkes kritisiert, in dem vorliegenden Gesetzentwurf sei nicht erkennbar, wie das Prozedere der Finanzverteilung aussehen werde. Es bestehe die Gefahr, dass durch diesen Vertrag für einen Teil Schleswig-Holsteins zwar haushaltsrechtliche Klarheit geschaffen werde, andere Teile Schleswig-Holsteins, insbesondere der nördliche Landesteil, diese haushaltsrechtliche Klarheit jedoch nicht bekämen. Dadurch komme es zu einer Ungleichbehandlung der Regionen des Landes. Sie schlage deshalb vor, den Staatsvertrag noch einmal im Ausschuss detailliert zu erörtern und zum vorliegenden Gesetzentwurf eine Anhörung, insbesondere der Kommunen, durchzuführen. In diesem Zusammenhang könne vielleicht auch die von ihrer Seite noch offene Frage geklärt werden, wie die Umstrukturierung der Gremien und des Managements, Seite 3 der Drucksache 16/435, aussehen solle.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, weist darauf hin, dass sich der federführende Innen- und Rechtsausschuss am Nachmittag mit der Vorlage befassen werde.

Abg. Harms schließt sich den Ausführungen von Abg. Lütkes an und erklärt, es sei nicht nachvollziehbar, warum die Zusammenarbeit mit Hamburg mit einer festen Förderzusage versehen werden solle, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark zum Beispiel aber nicht. Hierzu müsse es zumindest eine Erklärung der Landesregierung geben.

Abg. Fischer schlägt vor, zunächst die Stellungnahme und das Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses abzuwarten und gegebenenfalls zu einer weiteren Behandlung des Staatsvertrages im Europaausschuss Vertreter der Landesregierung einzuladen. Der Europaausschuss müsse sich vielleicht auch noch einmal gesondert mit dem Thema befassen, wie man mit den unterschiedlichen Landesteilen in Zukunft umgehen wolle. - Abg. Lütkes erklärt sich mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag

Umdruck 16/481

Abg. Fischer stellt fest, dass sich der Landtag mit dem Thema Aufnahme der Türkei in die Europäische Union in der letzten Legislaturperiode bereits ausführlich befasst habe. Als weiterer Punkt werde in den Beschlüssen der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag die Frage der Europäischen Verfassung aufgegriffen. Hierzu schlage er eine vorbereitende Diskussion in der nächsten oder übernächsten Plenartagung auf der Grundlage eines gemeinsamen Antrages vor.

Der Ausschuss begrüßt diesen Verfahrensvorschlag. Abg. Fischer kündigt an, einen Formulierungsvorschlag für einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten und mit den einzelnen Fraktionen vorzubesprechen.

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse der 19. Veranstaltung Jugend im Landtag, Umdruck 16/481, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, weist darauf hin, dass St Maurus sich bereit erklärt habe, am 8. Februar 2006 in einer Sitzung des Europaausschusses über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark, die Neuorganisation des Regionalrates und den Besuch des Ministerpräsidenten in Dänemark zu berichten.

Sie erinnert außerdem an den gemeinsamen Termin mit dem Bildungsausschuss für ein Gespräch mit den Grenzvereinen am 12. Juni 2006, 12 bis 14 Uhr.

Abg. Fischer schlägt vor, das Thema Norseekooperation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Europaausschusses zu setzen und dazu einen Vertreter der Landesregierung zu bitten, die Projekte im INTERREG-Programm Nordsee vorzustellen.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Astrid Höfs

gez. Dörte Schönfelder

Vorsitzende

Geschäfts- und Protokollführerin